

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 13, 26. Juni 2003

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falschensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 4611 62 49
fax: 030 4611 62 49, Nr. 0670017787

Einblicke

Vorurteile

Von Frank Jansen

Nun glauben sie wieder, sie hätten Futter, die Antisemiten brauner und anderer Couleur. Seit die Öffentlichkeit vom Drogenverdacht gegen Michel Friedman erfuhr, ist reichlich Häme zu vernehmen. Offen von Neonazis im Internet, hinter vorgehaltener Hand bei „normalen“ Bürgern. Doch diese Versuche, aus einer möglichen Straftat Friedmans eine Anklage gegen sein politisches Engagement zu stricken, sind abwegig und widerwärtig.

Abgesehen davon, dass für Friedman die Unschuldsvermutung ebenso gilt wie für alle anderen Bürger auch, entlarven sich die Demagogen und Tuschler selbst. Wer antijüdische Vorurteile sät, hat jede Legitimation verwirkt, Friedman zu attackieren. Vielmehr zeigen Hass und Häme, dass Friedmans Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus notwendig bleibt, ob er nun Kokain geschnupft hat oder nicht, ob er sich mit Prostituierten eingelassen hat oder nicht. Sein Sexualleben geht uns ohnehin nichts an. Wer Alkohol im Übermaß konsumiert oder eine illegale Droge zu sich nimmt, offenbart eine menschliche Schwäche. Sie wird erst dann zu einem politischen Faktor, wenn der Konsument von Amts wegen Gesetzestreue durchzusetzen hat. Friedman ist jedoch weder Innensenator noch Polizeipräsident. Friedman ist Fernsehmoderator und in dieser Rolle durchaus nicht überall beliebt, und er ist gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland – eine Funktion, in der er anecken muss.

Doch beides ist für die Beurteilung seiner Affäre nicht maßgeblich. Friedman ist zu bestrafen, sollte er schuldig sein. Einen Anlass, seinen unerbittlichen, manchmal impertinenten Kampf gegen Ressentiments zu ächten, gibt es nicht. Als Stimme gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus darf Michel Friedman, der auch an dieser Stelle schon mit spitzer Feder kommentiert hat, nicht verloren gehen.

Frank Jansen ist Redakteur beim Berliner „Tagesspiegel“

rechts

Braune Hetzmusik

Bekannte neonazistische Bands spielen ihre Lieder bevorzugt in einem Tonstudio in der Nähe von Bremen ein.

Seite 3 ■

„Soziale Heimat“

Jugendliche finden den Einstieg in die rechtsextreme Szene häufig über Mitschüler und Freunde.

Seite 4 ■

Imagekampagne

Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ will ein besseres Ansehen und neue Leser gewinnen.

Seite 5 ■

Unselige Gedenkfeier

Wehrmachts-Gebirgsjäger haben in Griechenland zahlreiche Massaker begangen.

Seite 6 ■

„Moralische Krise“

Der rechtsextreme Front National in Frankreich positioniert sich heute klar gegen die Streiks.

Seite 8 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Aus für FUN-Partei****Sammlungsbewegung der extremen Rechten im Internet gelöscht.**

Das Kürzel FUN klingt eher nach Spaß und Lebensfreude als nach bierernster Politik. Doch hinter den drei Buchstaben verbirgt sich eine rechtslastige Internetpartei, die sich „Freiheitlich – unabhängig – national“ nannte und in den Internetforen des von Studenten gegründeten Politsimulationsprojekts democracy online today, kurz dol2day, in der letzten Zeit große Aktivitäten entfaltete. Damit ist es jetzt vorbei. Die dol2day-Redaktion hat die FUN gelöscht. Als Begründung verweist sie auf Verfassungsschutzberichte, in denen die rechten Hintergründe der FUN dokumentiert sind.

Tatsächlich hat der niedersächsische Verfassungsschutz der rechten Internetpartei eine ganze Seite gewidmet. Dort wird darauf hingewiesen, dass die Aktivitäten der FUN durchaus nicht nur virtueller Natur sind. „Die rund 200 Mitglieder, vorwiegend aus NPD- und JN-Kreisen stammend, rufen zu öffentlichen Veranstaltungen auf wie zur Teilnahme an Pressefesten rechtsextremistischer Publikationen oder zu einem Parteitreffen.“ Ziel der FUN sei die Herstellung einer rechten Sammlungsbewegung im Internet. Diese Strategie hatte auch Erfolg, wie die Rechtsextremismusexpertin Margret Chatwin im Informationsdienst IDGR schrieb: „So geben sich bei der FUN ‘Konservative’, Nationalliberale, Nationalrevolutionäre, Burschenschafter, Aktivisten der ‘Freien Kameradschaften’, Mitglieder und Funktionäre der Republikaner, Jungen Nationaldemokraten und der NPD ein Stelldichein.“

Enttarnt wird von Chatwin auch einer der gar nicht nur virtuellen Rechten im FUN-Lager. So hatte der in der deutsch-französischen Grenzstadt Kehl lebende Michael Wiechert den Posten des FUN-Vorsitzenden inne. Er war zeitweise in Köln ansässig und arbeitete als Pressereferent der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) für Nordrhein-Westfalen und Autor in der Zeitschrift „Europa vorn“. Bei der Wahl seines Internet-Pseudonyms „Ulex“ soll Joseph Goebbels Pate gestanden haben. Der wurde als Gymnasiast in Reydt in Anlehnung an Ulysses, dem Listenreichen, Ulex genannt. Später benutzte Goebbels den Spitznamen bei journalistischen Arbeiten als Pseudonym.

Ulex alias Wiecherts wurde als FUN-Vorsitzender im März 2002 von Ronny T. abgelöst, der sich bei Dol2Day „Bussard“ nannte. Das Kreisvorstandsmitglied der NPD in Hannover ist auch als Moderator im rechtsextremen Mitteldeutschen Gesprächskreis aufgetreten. Seit April dieses Jahres ist ein 25-jähriger niedersächsischer Student mit dem Pseudonym „Demos“ FUN-Vorsitzender. In seinem Dol2Day-Profil präsentierte er sich als Burschenschafter.

Wie ernst die Rechten die FUN nehmen, zeigt ein anonymes Aufruf im Internet: „Alle deutschen Patrioten sind aufgerufen, an democracy online mitzuwirken und sich in die Arbeit der FUN einzubringen. Es besteht die einmalige Chance, nationale Ideen unverfälscht und aus erster Hand publik machen zu können und die Politikfähigkeit deutscher Patrioten unter Beweis zu stellen. Das Internet kennt keine Zensur.“

■ Nationalanarchisten bieten virtuelles Asyl ■

Nach der Löschung dieser Partei inszeniert man sich auf der FUN-Webseite als Opfer. „Zum Schweigen bringen können sie uns nicht“, heißt es auf einem Protestbanner, auf dem im Hintergrund die Deutschlandfahne in die Höhe gereckt wird. Der „Ehrenvorsitzende“ der FUN-Partei und langjährige NPD-Funktionär Winfried Krauß hat in einer im Internet geäußerten Stellungnahme nach der Bannung zur Aufrechterhaltung der Kommunikation aufgerufen. Weit über 100 Aufnahmeanträge habe es nach der Löschung gegeben. Krauß bezeichnete die FUN als einzige Organisation, in der ein breites Spektrum von freien Nationalisten über Mitglieder von NPD, REP und DVU bis hin zu „nationalen Exponenten“ bürgerlicher Parteien zusammenwirken.

Mittlerweile hat die FUN Unterstützung von der virtuellen Christdemokratischen Partei (CIP) bekommen. Deren Vize mit dem Pseudonym „Blue-Dog“ bezeichnet linke Demonstranten in einem Kommentar schon mal als „menschlicher Abschaum“. Eine vorgeblich anarchistische Internet-Gruppe, die der FUN virtuelles Asyl geboten hat, war bisher schon mit den Nationalanarchisten und der Webseite von „querfront“ (BnR 22/02) vernetzt. Auch nach der Löschung der FUN-Partei haben die Rechten also weiterhin genügend Betätigungsmöglichkeiten im Netz.

Peter Nowak

Hintergrund**Vertonte Hetze**

In einem Studio in der Nähe von Bremen spielen bekannte neonazistische Rock-Bands ihre Lieder ein. Der Betreiber macht mit der braunen Musik gute Geschäfte.

Welches Tonstudio in der Bundesrepublik will schon grölende, ausländerfeindliche Skinheadmusik abmischen? Der ehemalige Rechtsextremist und Düsseldorfer Unternehmer Thorsten Lemmer hatte zwar genügend Rechtsrock-Bands an der Hand, aber kein geeignetes Studio. Über eine Branchenliste wurde er auf „Art of Sound Records“ in Schwarme, einem Dorf bei Bremen, aufmerksam. Der aalglatte Yuppie, auch als Manager der Gruppe „Störkraft“ bekannt, überzeugte den Betreiber und es entstanden einige Studioaufnahmen. Damit begann der Einstieg von Johannes Meyer und seiner Firma „Art of Sound“ in das Geschäft mit der rechtsradikalen Musikszene. Ursprünglich waren in seinem Tonstudio in Schwarme Musikproduktionen von Punk- beziehungsweise Popbands wie „Jake Lynch“ aus Bremen entstanden.

■ **„Der Name ‘Endlöser’ ist Programm“** ■

Inzwischen bedanken sich bundesweit bekannte Neonazi-Bands wie „Endlöser“ begeistert für die Zusammenarbeit mit „Johannes von AoS“. Als noch kaum jemand die 1995 in Dortmund gegründete Band „Oidoxie“ kannte, nahmen die bereits ihre CDs in Schwarme auf. Mittlerweile spielt die Rechtsrock-Band auf Demonstrationen des Hamburger Freien Nationalisten Christian Worch oder beim verspäteten Geburtstagskonzert für Adolf Hitler am 21. April 2000 in Terrassa in Spanien. In einem Interview soll Bassist Dennis Linsenbarth den vor zehn Jahren verstorbenen „Blood&Honour“-Gründer Ian Stuart und den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß als Band-Vorbilder genannt haben. Die CD „Schwarze Zukunft“ von „Oidoxie“ wurde auf staatsanwaltschaftlichen Beschluss 1998 beschlagnahmt. Im Mai dieses Jahres fanden Hausdurchsuchungen des Dortmunder Staatsschutzes bei den Bandmitgliedern statt. Laut Zeitungsberichten sollen sie CDs und Videos mit volksverhetzendem Charakter und nationalsozialistischem Inhalt „hergestellt und verbreitet haben“.

In Schwarme dagegen verstand man sich bestens. Davon muss auch der bekannte Bremer Neonazi Jens Brandt gehört haben. Er ist Mitglied der dienstältesten deutschen Rechtsrock-Band „Endstufe“ und nach eigenen Angaben wurden von deren 20 Veröffentlichungen 100 000 Exemplare verkauft. Zwei CDs wurden indiziert. Brandt betrieb bis 2000 das Label Hanse-Records, damit wurde er bei Meyer in Schwarme vorstellig.

Die Kunde machte die Runde und auch die Band „Endlöser“ mischte ihre CD „Endlöser für Deutschland“ im Januar 2002 neun Tage lang bei „Art of Sound“. In einem Liedrefrain heißt es: „Endlöser ist unser Name, und der Name ist Programm. Unseren Worten folgen Taten, aller Feinde Untergang.“ Die Neonazi-Band, die im aktuellen Verfassungsschutzbericht von Bremen erwähnt ist, spielte im Oktober vergangenen Jahres gemeinsam mit drei US-Rechtsrock-Bands in Kirchseelte. Organisator des Neonazi-Konzerts war der Kameradschaftsführer Weser-Ems Robert Warnecke. Ein zweites Konzert wurde von der Polizei hochgenommen. Robert Warnecke ist inzwischen verzo-gen – übrigens nach Schwarme.

■ **Allein Rechtsrock-Konzerte verbieten zu wollen, greift nicht** ■

Auch eine weitere bekannte norddeutsche Band spielte ihre Lieder, nach eigenen Angaben, bei „Art of Sound“ ein, die „Boots Brothers“. Auf der band-eigenen Homepage jubelten sie: „Wir machten einen Termin und was dann geschah, glaubte keiner, es sprengte jegliche Vorstellungskraft, die wir bis dato besaßen. (...) wahnsinnig teuer aber gerechtfertigt und ab ging die Post.“

Das Geschäft mit der braunen Musik boomt. Die halbherzige Gegenstrategie der Behörden, allein die Rechtsrock-Konzerte verbieten zu wollen, greift nicht. Inzwischen warnt auch das Bundesinnenministerium offen vor der Gefahr durch rechtsradikale Musik und ihre Macher. Über deren Liedtexte werden gefährliche Ideologien in die Köpfe der zumeist jungen Hörer transferiert, auf Konzertveranstaltungen wird versucht, für die organisierte Szene zu werben.

Der Tonstudio-Betreiber Johannes Meyer scheint sich im Rechtsrock-Gewerbe etabliert zu haben und verdient mit musikalischer Hetze gut Geld – Skrupel kennt er keine. *Paul Stoeber*

Hintergrund**„Ersatzfamilie“**

Jugendliche finden vielfach durch Freunde und Mitschüler zur rechten Szene.

Der „typische“ junge Rechtsextreme kommt aus einer „kaputten“ Familie, hat keinen Schulabschluss und ist arbeitslos. Ein solches Bild ist verkürzend und unzutreffend, wie auch eine Untersuchung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes jetzt belegt. „Schwierige soziale Verhältnisse, die gemeinhin als typische Herkunft eines Rechtsextremisten oder als begünstigend für den Einstieg in die rechtsextremistische Szene angesehen werden, sind nach der Studie nicht die Regel“, sagte NRW-Innenminister Fritz Behrens bei der Vorstellung der Untersuchung „Rechtsextremismus – Ursachen und Gegenstrategien“.

Basis der Studie ist die Befragung von 56 Neonazis und Skinheads sowie 20 potenziellen Aussteigern aus der extrem rechten Szene. Einen Anspruch auf Repräsentativität erheben die Verfassungsschützer angesichts der geringen Zahl von Interviewten nicht. Aber dennoch werden aufschlussreiche Ergebnisse präsentiert. Demnach kommt deutlich mehr als die Hälfte der jungen Leute über Mitschüler oder Freunde zur rechten Szene. Musik und Skinheadkonzerte lieferten für ein knappes Viertel einen wichtigen Beitrag beim Einstieg in die Szene. Rechte Publikationen oder Internetseiten spielten nur eine geringe oder gar keine Rolle für die Kontaktaufnahme.

Bei den noch „aktiven“ Skinheads und Neonazis waren 13 noch Schüler. Der weit überwiegende Rest konnte Hauptschul- und Realschulabschlüsse vorweisen. Fast zwei Drittel waren in einer Berufsausbildung oder hatten sie schon abgeschlossen. Zwar waren überdurchschnittlich viele (28 Prozent) arbeitslos. Aber: Zwei Drittel der Szeneangehörigen war berufstätig. Als wichtigste Gründe für die Attraktivität der Szene nannten die Befragten das Gruppenleben und die rechte Musik mit jeweils 59 Prozent. „Für die Mehrzahl der Befragten stellte die Gruppe eine Ersatzfamilie und eine soziale Heimat dar. Die Gruppenangehörigen erfuhren in der Gruppe das, was ihnen in der Regel außerhalb der Gruppe verwehrt geblieben war: Zusammenhalt (Kameradschaft), Solidarität, Anerkennung, Vertrauen und Akzeptanz“, heißt es in der

Studie. Die rechtsextreme Musik drücke das dazu gehörende Lebensgefühl und die Überzeugungen aus. Sie verbinde die Gruppe und grenze sie von der normalen, „bürgerlichen“ Welt ab.

Auch bei den 20 befragten „Aussteigern“ dominierten Schulabschlüsse – wenn auch eher niedriger und mittlerer Art –, die Personen ohne Abschluss stellten eine kleine Minderheit dar. Zehn von ihnen erklärten, arbeitslos zu sein. „Hierzu trägt möglicherweise bei, dass Personen, die schon über Jahre der rechtsextremistischen Szene angehören und dort unter Umständen auch straffällig werden, immer weniger Chancen haben, Arbeit zu finden“, schreiben die Autoren der Studie. Andererseits sei es aber denkbar, „dass Personen, die schon über Jahre arbeitslos sind, verstärkt für die Botschaften und die Anziehungskraft rechtsextremistischer Gruppen anfällig werden“. Gleichzeitig drückten auch Schulden die potenziellen Aussteiger. Dies habe für die Motivation zum Ausstieg eine erhebliche Rolle gespielt. Bei den vom Verfassungsschutz als „Mitläufer“ eingestuften potenziellen Aussteigern „hat die Hoffnung auf materielle Hilfe zum Ausstieg motiviert“, heißt es in der Studie. Sie könne im Rahmen des Aussteigerprogramms allerdings nur unter sehr strengen Bedingungen gewährt werden. Außerdem hoffen viele auf Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. „Diffus“ sei die Motivation der Aktivisten unter den Aussteigern. Sie nannten zum Beispiel die Unzufriedenheit mit einer rechtsextremistischen Partei, die Feststellung, dass man nur „falsche Freunde“ in der Szene habe, oder einfach nur den Wunsch, ein „normales“ Leben zu führen. Finanzielle Hilfeleistungen hätten für diese Gruppe scheinbar eine nachrangige Bedeutung. Sechs im NRW-Aussteigerprogramm betreute Personen verließen die Szene bisher endgültig, bilanziert der Verfassungsschutz.

Nicht zuletzt die „konsequente Haltung von Politik und Justiz sowie die Ablehnung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in weiten Teilen der Gesellschaft“ hätten dazu beigetragen, dass die Zahl der Gewalttaten „nicht wesentlich zugenommen hat“, sagte Innenminister Behrens. Zur Entwarnung besteht aber kein Anlass. Den Angaben des Verfassungsschutzes zufolge hat sich die Zahl der militanten Rechtsextremisten und Skinheads in NRW von 410 im Jahre 1998 auf 910 im vorigen Jahr erhöht.

Tomas Sager

Der Bericht ist im Internet unter <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/breurge.pdf> abrufbar.

Hintergrund

Protestkampagne

Die „Junge Freiheit“ möchte ihr Image aufpolieren und Leser gewinnen.

„Allen Widrigkeiten zum Trotz: Wir lassen uns nicht fertigmachen! Jetzt geht die 'Junge Freiheit' in die Offensive!“ In gewohnt kämpferischem Ton startete Chefredakteur Dieter Stein die dritte Kampagne, mit der die neurechte Berliner Wochenzeitung gegen das Innenministerium Nordrhein-Westfalen mobilisiert. Dem Schreiben, das an die Abonnenten und Förderer des Blattes gerichtet ist, liegt der Aufruf bei, in Briefen an NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) gegen die Beobachtung der JF durch den Verfassungsschutz des Landes zu protestieren. Hintergrund ist die Tatsache, dass der NRW-Verfassungsschutz die „Junge Freiheit“ (JF) seit knapp zehn Jahren beobachtet und auf Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremer Bestrebungen verweist. Einen ähnlichen Aufruf („Appell für die Pressefreiheit“), den die JF im Frühjahr 2002 gestartet hatte, haben nach Angaben der Zeitung 3000 Personen unterschrieben.

Neben der Protestkampagne hat Dieter Stein mehrere Maßnahmen angekündigt, die der Zeitung ein besseres Ansehen und neue Leser bringen sollen: Eine Imagebroschüre soll an Bundestags- und Landtagsabgeordnete aus NRW sowie „wichtige Multiplikatoren aus Politik und Medien“ versandt werden. Medienvertreter sollen auch das Buch „Kampf um die Pressefreiheit“ Alexander von Stahls erhalten. Dieser vertritt die Verfassungsbeschwerde, die die JF in Karlsruhe eingereicht hat, um die Beobachtung durch den Verfassungsschutz NRW zu stoppen, und ist zum wichtigsten Werbeträger der Zeitung geworden. Gleichzeitig möchte die JF eine „Vertriebs-Offensive“ starten: Zeitungshändler, die sich weigern, das Blatt anzubieten, sollen von dessen Seriosität überzeugt und 1000 neue Abonnenten gewonnen werden.

Bei alledem stützt sich die „Junge Freiheit“ auf zweifelhafte Argumente: In seinem Schreiben verweist Stein ausführlich auf das zweite Interview, das der brandenburgische Ministerpräsident Jörg Schönbohm (CDU) der JF im November 2002 gegeben hat. Der Chefredakteur führt es als Beleg für den Meinungspluralismus seiner Zeitung an. Das kritische Echo auf das Schönbohm-Interview do-

kumentiert die JF mit einer Sammlung von Zeitungsausschnitten („Medienschlacht gegen Innenminister Schönbohm“). Bezeichnenderweise ist das Interview, das Schönbohm dem Berliner „Tagesspiegel“ am 3. Dezember des Jahres gegeben hat, nicht enthalten. Darin geht der konservative Politiker auf Distanz zur „Jungen Freiheit“. Der „Tagesspiegel“ hatte Schönbohm mit Zitaten aus der JF-Ausgabe vom 15. November 2002 konfrontiert, in der sein Interview erschienen war. So war in einer Anzeige des Grazer/Stuttgarter Leopold Stocker-Verlages vom „sittlichen Wollen“ der Hitlerjugend und von „Erziehungsidealen dieser Organisation“ die Rede. Schönbohm hielt solche Aussagen für „nicht akzeptabel“. Auf die Frage, ob er der JF noch einmal ein Interview geben würde, legte er sich fest: „Unter diesen Bedingungen nicht.“

Wie bereits der „Appell für die Pressefreiheit“ vom vergangenen Jahr behauptet Stein, die JF führe „seit 1996 ein Verwaltungsstreitverfahren gegen das Land Nordrhein-Westfalen“, denn die Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten – so heißt es in der aktuellen Imagebroschüre – geschehe, „ohne auch nur einen hinreichenden Verdacht zu haben“. Tatsächlich ist das verwaltungsgerichtliche Verfahren abgeschlossen und die JF in zwei Instanzen auf ganzer Linie unterlegen. Seit der Verlage vor rund zwei Jahren Verfassungsbeschwerde erhoben hat, prüft das Bundesverfassungsgericht, ob es diese zur Entscheidung annimmt. Eher skurril erscheint eine Passage der JF-Kurzchronik in der Broschüre: Dort wird die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht NRW auf das Jahr 1997 datiert. Dabei hatte der Verlag bereits gegen die Berichte 1994 und 1995 vergeblich geklagt. Zudem ist die Behauptung, es handele sich um eine „einsame Entscheidung“ der NRW-Verfassungsschützer, wie Stein schreibt, nur halbrichtig: Inzwischen wird die JF auch in Baden-Württemberg beobachtet.

In der Imagebroschüre präsentiert sich die „Junge Freiheit“ als Zeitung, die von finanzstarken Bildungseliten gelesen werde. Damit stellt sie ihre überschaubare Leserschaft – amtlich geschätzte Auflage rund 10 000 verkaufte Exemplare – als höchst interessante Zielgruppe für kommerzielle Werbung dar und stützt sich auf eine „jüngste Untersuchung (2002)“. Angaben aus denen die Verlässlichkeit der Daten hervorgehen würde liefert die Broschüre nicht. Dafür ein Zitat des bekennenden „Faschisten“ Armin Mohler: „In der Jungen Freiheit findet man all die wichtigen Dinge, die man in der FAZ vergebens sucht.“ *Thomas Pfeiffer*

Seitenblick**„Traditionspflege“**

**Gebirgstruppe gedenkt ihrer Gefallenen.
In Griechenland haben Gebirgsjäger
zahlreiche Massaker begangen.**

Als 1957 in Mittenwald das Gebirgsjäger-Ehrenmal eingeweiht wurde, kamen 30 000 Menschen in den oberbayerischen Ferienort. An Pfingsten ging die Gedenkfeier, die der Kameradenkreis der Gebirgstruppe (KdG) ausrichtet, nun zum 46. Mal auf dem Hohen Brenden über die Bühne. 2000 Besucher mögen es noch gewesen sein, darunter ehemalige und aktive Gebirgsjäger aus mehreren Ländern und auch Wehrmachts-Gebirgsjäger. Nachdem bereits 2002 Proteste gegen die „unangreifbare Traditionspflege“ (Kameradenkreismitglied Edmund Stoiber) laut wurden, kamen diesmal mehrere hundert Antifaschisten ins Werdenfelser Land, um gegen die „Mörder unterm Edelweiß“ zu demonstrieren und Entschädigungen für die Opfer zu fordern.

Unter Historikern ist es unstrittig, dass Gebirgsjäger der Wehrmacht für zahlreiche Gräueltaten in diversen europäischen Ländern verantwortlich sind. Neben dem Massaker in Kefalonia, wo Einheiten mehrere Tausend italienische Soldaten ermordeten (BnR 12/03), wütete die Gebirgstruppe in vielen Dörfern Griechenlands. Etwa in Kommeno, wo bei einer „Sühnemaßnahme“ 317 Dorfbewohner, darunter 74 Kinder, Mitte August 1943 ermordet und sämtliche Häuser zerstört wurden. Verantwortlich für das Massaker war die 12. Kompanie des Gebirgsjäger-Regiments 98, das Major Reinhold Klee befehligte, ein späterer Bundeswehroffizier. Augenzeuge Konstantin Papas erwähnt in seinem Buch „Der Mord von Kommeno“ seine Aussage vor dem Nürnberger Gericht 1947: „Dann begannen sie mit dem Morden. Es hat um 5.30 in der Früh angefangen bis mittags 12.30... Ich habe meinen Vater, meine Mutter, einen Bruder, 20 Jahre alt, den Onkel, meine Großmutter und Vettern verloren. Vergewaltigungen haben auch stattgefunden ...“ Die Gegner des Pfingsttreffens luden die Zeitzeugin Christina Dimou, die zum Zeitpunkt des ungeheuerlichen Mordbrennens 13 Jahre alt war, nach Mittenwald ein. „Die Trauer war so groß, dass ich beinahe verrückt geworden wäre“, erinnerte sie sich.

Auslöser für zahlreiche Gräueltaten der Gebirgsjäger in Griechenland war der Tod des Oberstleut-

nants Josef Salminger, der gegen ein von Partisanen errichtetes Hindernis gefahren war. Zwischen dem 1. und 4. Oktober 1943 wurden sodann 18 Dörfer zerstört. Salmingers Sohn Hermann amtiert gegenwärtig als Bürgermeister in Mittenwald.

Am 3. Oktober 1943 war Lyngiades an der Reihe. Nach Angaben von Christoph Schminck-Gustavus, der das Dorf besuchte, wurden dort 92 Menschen ermordet. An der Marmor-Stele, auf der ihre Namen eingraviert sind, findet jedes Jahr eine Gedenkfeier statt. Schminck-Gustavus zitierte in Mittenwald aus dem Bericht eines Wehrmachtspfarrers: „Eine schwere innere Belastung ihres Gewissens bedeutet für viele, auch Offiziere, das Tötenmüssen von Frauen und Kindern gegen die Banden.“

Der Historiker Stephan Stracke vom AK Angreifbare Traditionspflege hat sich auf die Spur der ehemaligen Wehrmachts-Gebirgsjäger und deren Untaten gemacht. „Man kann die Namen der Offiziere direkt zuordnen.“ Die Jäger seien an Kriegsverbrechen von Anfang an beteiligt gewesen, insgesamt 60 Massaker könne er nachweisen. Den Veranstaltern der Protestaktionen ging es darum, Entschädigungen für die Opfer einzufordern, als auch, noch lebende Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen. Der Polizei wurde daher eine Liste mit mutmaßlichen Tätern übergeben und verlangt, die Veteranen zu kontrollieren.

Im Mittenwald tut man sich unterdessen schwer, wenn auf Verbrechen der Gebirgsjäger hingewiesen wird. „Schleicht euch“ oder „Haut ab“ riefen aufgebrachte Bürger den Demonstranten entgegen. Neben den CSU-Landtagsabgeordneten Renate Dödel und Johann Neumeier und dem Garmischer Landrat Harald Kühn (CSU) nahm auch die Bundeswehr an der diesjährigen Feier teil.

Der KdG-Präsident Ernst Coqui, Brigadegeneral a.D., räumte ein: „Gebirgsjäger der Wehrmacht und die Wehrmacht insgesamt haben auch Kriegsverbrechen begangen. Das ist gar nicht zu leugnen.“ Allerdings sei dies nicht der richtige Ort und Zeitpunkt, der griechischen Opfer zu gedenken. Neben ihm stand der 88-jährige Ritterkreuzträger Helmut Jeserer und gab einem Fernsteam Auskunft: Er könne sich nicht vorstellen, dass Frauen umgebracht und vergewaltigt worden seien. Andererseits seien deutsche Gefangene „regelmäßig hingerichtet und massakriert worden“. Ein anderer Veteran aus Schwaben erschien mit einem Hakenkreuzorden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. *Magnus Bosch*

Verfassungsschutz

Tendenz abnehmend

Rechtsextremismus in Hamburg: Weniger Gewalt und Mitgliederschwund bei DVU und Republikanern.

In Hamburg ist der Rechtsextremismus seit Jahren auf dem Rückmarsch. Auch gegenüber dem Jahr 2001 ist die Tendenz eindeutig: Weniger Gewalt, weniger Anhänger, weniger öffentliche Präsenz – auf diese Formel lassen sich die Erkenntnisse aus dem Verfassungsschutzbericht 2002 bringen.

„In Hamburg waren bemerkenswerte Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene nicht zu verzeichnen – weder von Seiten der Parteien noch von den aktionistisch orientierten Rechtsextremisten wie Neonazis und Skinheads“, sagte Hamburgs Innensenator Ronald Schill (Partei Rechtsstaatlicher Offensive) bei der Vorstellung des Berichts. Diese Entwicklung ist für die von Schill geleitete Innenbehörde – wie bereits im Vorjahr – ein willkommener Grund, die Berichterstattung über das Feld „Rechtsextremismus“ auf die hinteren Seiten der jährlichen Bestandsaufnahme zu verbannen. Seit der Amtsübernahme des rechtspopulistischen Politikers im Herbst 2001 stehen die Kapitel „Ausländer-Extremismus“ und „Linksextremismus“ am Anfang des Berichts. Das Verfassungsschutzamt begründet diese Neubewertung der Gefahr durch das Aufkommen gewaltbereiter Islamisten. „Hier liegt weiter der klare Schwerpunkt unserer Arbeit“, betonte Verfassungsschutz-Chef Heino Vahldieck (CDU). Zudem seien „Verschleißerscheinungen“ am rechten Rand auszumachen.

Interessant ist die Entwicklung in der Hamburger NPD: Unter der Leitung von Ulrich Harder zeigten die Nationaldemokraten an der Elbe – im Gegensatz zu der Mutterpartei – keine Bereitschaft zur Kooperation mit der Neonazi- und Skinheadszone. Vielleicht der Grund dafür, dass die Mitgliederzahl der NPD mit 85 konstant blieb – im Gegensatz zu der Tendenz bei DVU und den Republikanern. Dennoch kassierte die Partei in Hamburg bei der Bundestagswahl mit 0,2 Prozent eine herbe Wahlniederlage und blieb deutlich unter dem Bundeschnitt. Die DVU (Vorsitzender: Heinrich Gerlach) verlor im Vergleich zu 2001 insgesamt 50 Mitglieder und ist nun 230 Personen stark. Der Verfassungsschutz konstatierte dort eine „weitgehen-

de Lähmung der politischen Arbeit“. Und die von internen Streitigkeiten und Flügelkämpfen gebeutelten Republikaner (Vorsitzender: Thomas Nissen) zählen nunmehr 50 Mitglieder (2001: 60). Die Sprüche vom „Machtkartell“ der Altparteien kamen beim Wähler nicht an. Ebenso wenig auch die Parolen auf den zehn Jahre alten, zur Wahl wieder aus den Kellern gekramten Plakaten. Zur Erinnerung hier die Titelzeile: „Das Boot ist voll“.

Auch bei den gewaltbereiten Rechtsextremisten (einschließlich Skinheads) lautet die Tendenz „abnehmend“. Der personell und finanziell deutlich aufgerüstete Hamburger Verfassungsschutz zählte statt 180 (im Jahr 2001) nur noch 160 Aktivisten. Die Zahl der Neonazis reduzierte sich von 75 auf 70, die der „sonstigen Rechtsextremisten“ sogar von 200 auf 80. Das Gesamtpotenzial der Rechtsextremisten ebte in Hamburg binnen Jahresfrist von 820 auf 640 ab. „Die Hamburger Neonaziszene beteiligte sich wie in den Vorjahren an zahlreichen überregionalen Veranstaltungen, die von den Teilnehmerzahlen her allerdings nicht mehr das Niveau der Vorjahre erreichten“, so Innensenator Schill. Szeneintern sei kritisiert worden, dass ein Übermaß an Demonstrationen in den letzten Jahren zu Ermüdungs- und Verschleißerscheinungen geführt habe. Bemerkenswert: In Hamburg wurde erstmals seit mehreren Jahren keine Demonstration durchgeführt. Flaute herrschte auch im Lager der Skinheads: Während die subkulturell geprägte Skinheadszone bundesweit im Aufwind ist, stagnierten deren Aktivitäten in der Hansestadt. In Hamburg fanden nur zwei kleinere rechtsextremistische Konzerte statt.

■ „Verschleißerscheinungen am rechten Rand“ ■

Im Gegensatz zum Bundestrend sank in Hamburg nicht nur die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten, zu denen in erster Linie rechtsextremistische Skinheads zählen, sondern auch die der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten. Sie gingen von 221 auf 184 und bei den Gewalttaten von 32 auf 13 Delikte zurück. Schwere Taten wie Tötungsdelikte, Brand- oder Sprengstoffanschläge waren nicht darunter, vermeldete der Verfassungsschutz. Die 184 Taten ergeben aufgeschlüsselt Folgendes: 24,4 Prozent waren der Rubrik Nötigung und Volksverhetzung zuzuordnen, 68,5 Prozent waren Propagandadelikte und 7,1 Prozent Gewalttaten, meist Körperverletzungen. Volker Stahl

Ausland**Ans Messer geliefert**

Führende Rechtsextremisten in den USA wurden von den Behörden ausgespäht.

Auch in den Vereinigten Staaten setzen staatliche Behörden V-Leute in der rechtsextremen Szene ein. Insbesondere vom FBI geführte Informanten im Ku Klux Klan, den Aryan Nations und in der World Church of the Creator (WCOTC) haben in der letzten Zeit von sich reden gemacht.

So schleuste das FBI einen als Waffenexperten auftretenden Agenten in ein rechtsextremes Netzwerk um die in Pennsylvania ansässigen Überreste der Aryan Nations ein. Dort verteilte der V-Mann eine Reihe von Mobiltelefonen an verschiedene Aktivisten, die allesamt vom FBI abgehört wurden. Auf diese Weise konnte die Polizei nicht nur Interna aufzeichnen, sondern auch wichtige Erkenntnisse über die Zusammenarbeit einzelner rechtsextremer Gruppen sammeln.

In Washington County wurde auf diese Weise David Wayne Hull, 40, Imperial Wizzard der White Knights of the Ku Klux Klan unter dem dringenden Verdacht, Sprengstoff herzustellen (den er dem Informanten angeboten hatte), dingfest gemacht. Hull, der auch engen Kontakt zu den Aryan Nations unterhielt, ist nach wie vor in Haft. In Philadelphia wurde mit Joshua Caleb Sutter, 22, ein weiterer rechtsextremer Aktivist – diesmal wegen Besitzes einer illegalen Waffe mit Schalldämpfer – verhaftet. Sutter gehört der Aryan Nations-Abspaltung Church of the Sons of Yaweh an.

Das FBI sah sich zu den Verhaftungen gezwungen, nachdem Wayne Hull versucht hatte, zehn Handgranaten für Anschläge auf Abtreibungskliniken von besagtem V-Mann zu erwerben. Jüngst kam es auch zur Verhaftung des Pontifex Maximus der World Church of Creator, Matt Hale, in Chicago. Dem 31-jährigen Hale wird vorgeworfen, zur Ermordung an einer Richterin aufgerufen zu haben, die entschieden hatte, der WCOTC in einem Rechtsstreit die Namensrechte zu entziehen. Informationsquelle war in diesem Fall der unter „Brother Tony“ bekannte Chef der WCOTC-Sicherheitstruppe White Berets, der den Behörden umfangreiches Tonbandmaterial zuliefern konnte.

Thomas Grumke

Ausland**„Streikzüchter“**

Den derzeitigen sozialen Protesten in Frankreich steht der rechtsextreme Front National absolut feindselig gegenüber.

Zeiten sozialer Konflikte und gewerkschaftlicher Kämpfe sind schlechte Zeiten für die französische extreme Rechte. Seit jeher ist sie Verfechterin eines ultrakonservativen beziehungsweise reaktionären gesellschaftlichen Projekts, einer strikt hierarchisch aufgebauten Ordnung und der Aufrechterhaltung oder Verschärfung „natürlicher“ Unterschiede.

Zugleich aber ist es ihr seit Anfang der 90er Jahre gelungen, durch erhebliche soziale Demagogie Teile der enttäuschten und desorientierten früheren Linkswählerschaft anzuziehen. Damit konnte sie an Wahltagen Punkte sowohl unter den abhängig Beschäftigten wie auch den Arbeitslosen sammeln – bis dahin, dass Jean-Marie Le Pen bei der Präsidentschaftswahl im April 1995 unter allen Kandidaten den höchsten Anteil der Arbeiterstimmen erhielt. Zugleich behielt die extreme Rechte aber auch eine Stammwählerschaft in Teilen der traditionellen Mittelschichten, des katholisch geprägten Kleinbürgertums sowie im wirtschaftlich aktiven Mittelstand bei.

In gesellschaftlich „ruhigen“ Zeiten gelingt es der extremen Rechten, die unterschiedlichen Teile ihres Publikums unter einen Hut zu bekommen – indem für jeden Publikumsteil ein eigener Diskurs angeboten wird: Den Armen oder Lohnabhängigen wird mehr soziale Gerechtigkeit versprochen, den Besitzenden wird die Aufrechterhaltung der Ordnung in Aussicht gestellt, den Arbeitslosen mehr Beschäftigung und den mittelständischen Unternehmern weniger soziale Lasten und Verpflichtungen... Diese unterschiedlichen und mitunter gegensätzlichen Versprechungen passen scheinbar zusammen, indem man sie mit einer stets gleichen Begründung verbindet. Alles, was versprochen wird, soll nämlich dadurch realisiert werden, dass man das Auszugebende den „äußeren Feinden“ wegnimmt. Nationale Arbeit und nationales Kapital sollen zusammengeschweißt werden, indem man auf Kosten von Einwanderern, „vaterlandslosem Finanzkapital“ und bedrohlicher Globalisierung den „Eigenen“ Vorrang einräumt.

Doch in Zeiten sozialer Polarisierung und des Aufeinanderpralls unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen oder Projekte (Solidarität gegen Abwälzung sozialer Risiken auf das Individuum) zerbricht dieses illusionäre Bündnis. Das Publikum der extremen Rechten, bis in die Reihen der eigenen Wähler und Anhänger, ist versucht, sich auf einer Seite zu positionieren.

So war es im Streikherbst 1995, als alle öffentlichen Dienste Frankreichs in den Ausstand traten. Damals zeigten 80 Prozent der sozialistischen und über 90 Prozent der kommunistischen, aber nur 20 Prozent der konservativ-liberalen Wählerschaft Solidarität oder Verständnis für die Streiks – die FN-Wählerschaft jedoch (mit 54 Prozent Sympathie) war in zwei etwa gleich große Hälften gespalten.

Jean-Marie Le Pen und Bruno Gollnisch (die „Nummer Drei“ des Front National) vermieden in ihren ersten Stellungnahmen eine konkrete Positionierung und äußerten sich eher ausweichend. Die soziale Krise sei „nur ein Teil der moralischen Krise der Nation“, gab Le Pen damals zu Protokoll. Der FN versuchte dann, durch Begründung eigener Pseudo-Gewerkschaften und „sozialer“ Vorfelddorganisationen – Arbeitslosenvereinigung, Mietervertretung – aus der strategischen Klemme zu kommen und in die Offensive zu gehen. Doch waren diese Versuche, als rechtsextreme „soziale Bewegung“ Fuß zu fassen, Ende der 90er Jahre gescheitert. Die Pseudo-Gewerkschaften wurden durch die Justiz verboten.

■ „Lebenswichtig für die Zukunft der Nation“ ■

In der sozialen Krise des Jahres 2003 in Frankreich – dieses Mal geht es um eine Reform der Renten, die sowohl die Privatindustrie als auch den öffentlichen Dienst betrifft – ist die Haltung der extremen Rechten klar: Sie steht dem Protest absolut feindselig gegenüber.

Bereits in einem Interview in „Le Monde“ vom 19. April – aus Anlass des jüngsten Parteitags in Nizza – hatte Le Pen klargestellt, dass es für ihn nicht um eine Verteidigung der Rente mit 60 gehen können, sondern „die Rente mit 70“ eingeführt gehören. Auch in seiner traditionellen Ansprache zum 1. Mai hatte der FN-Chef betont: „In Frankreich muss mehr und länger gearbeitet werden – sogar bei den Lehrern“. Letztere sind die derzeit am stärksten in

den Protesten mobilisierte Berufsgruppe, wobei sie nicht nur gegen die Rentenreform, sondern auch gegen die Sparpolitik im Bildungswesen streiken. Anlässlich seines Fernsehauftritts am 5. Mai äußerte Le Pen sich ähnlich – ihm selbst stehe, mit 75 Jahren, der Sinn nicht nach Rente, und es müsse Schluss damit sein, „dass schon in unseren Schulen der Hass auf die Arbeit gelehrt wird“.

■ „Soziale Krise ist Teil der moralischen Krise“ ■

In einem jüngsten Kommuniqué, das in der FN-Parteizeitung „National Hebdo“ (NH) vom 12. Juni wiedergegeben ist, fantasiert Le Pen in wüster Weise über die Streikfolgen: „Die Streikzüchter im öffentlichen Dienst gehen von der Illegalität zum offenen Aufstand über, Frankreich gleitet in die Anarchie ab.“ Das ist umso absurder, als der – von einigen sozialen Akteuren geforderte – Generalstreik nicht stattgefunden hat und der Ausstand im Transportsektor ein relativer Misserfolg blieb. Am 29. Mai wetterte NH: „Es ist hanebüchen, dass diese Gewerkschaften, die gestern noch moskauhörig waren, (...) ohne bekämpft zu werden, jede Reform verhindern können, die für die Zukunft der Nation lebenswichtig ist. (...) Wie kann man hinnehmen, dass Gewerkschaften, die aus der Schule der Dekadenz und des Totalitarismus hervorgingen, ihr Gesetz machen können (...)?“

Damit bietet der FN sich dem ultrakonservativen Teil der französischen Gesellschaft als verschärfendes Korrektiv zur bürgerlichen Rechten an, der ihr Misserfolg bei der Niederringung der Streiks vorgeworfen wird. Die rechtsextreme Partei schneidet sich aber zugleich von der Möglichkeit ab, den sozialen Unmut auf ihre Mühlen zu lenken. Allenfalls kann der FN auf eine – nunmehr gut mögliche – Niederlage der Protestbewegung, und die damit einhergehende Verbitterung, setzen.

Bernhard Schmid

Hinweis

Peenemünde – Nächste Station der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskriegs 1941 – 1944“ ist Peenemünde an der Ostsee. Die vom Hamburger Institut für Sozialforschung initiierte Dokumentation wird dort vom 25. Juli bis 9. September 2003 gezeigt. Ort: Museum Peenemünde, Turbinenhalle, Im Kraftwerk, 17449 Peenemünde

Grauzone

Germanen-Aufzug

■ **Stelldichein von Burschenschaftlern und Neonazis am Bismarck-Denkmal.**

Die Feierlichkeiten zur Einweihung einer Beleuchtungsanlage für das Denkmal des „Eisernen Kanzlers“ Ende Mai sorgten für allerhand Ärger in der Hamburger Bürgerschaft. Anlass war der Aufmarsch der Burschenschaft Germania (Motto: „Ehre, Freiheit, Vaterland“). Der Studentenbund war noch vor einigen Jahren vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft worden.

Der Veranstaltung wohnte nicht nur der Urenkel Fürst Ferdinand von Bismarck bei. Auch Innensenator Ronald Schill und Polizeipräsident Udo Nagel ließen es sich nicht nehmen, das Erstrahlen des Reichsgründers im 3000 Watt starken Lichterkranz zu zelebrieren. Zu Hamburger Bürgern, die in trauter Harmonie mit den Burschenschaftlern und Standortenträgern einer oberschlesischen Landsmannschaft unter den Klängen von „Heil über dir, Harmonia“ allerlei weihevollen Handlungen vornahmen, gesellten sich auch diverse Neonazis. Während die Polizei potenziellen Störern den Zugang zu der Zeremonie an der rund 35 Meter hohen Kanzler-Statue verweigert hatte, durfte die Burschenschaft Germania nicht nur Flagge zeigen, sondern auch den Ordnungsdienst übernehmen. Die Germanen, so Veranstalter Carlheinz Hollmann, sollten „nach dem Rechten sehen“. Mitglieder der schlagenden Verbindung zögerten nicht und attackierten einen Pressefotografen sowie einen Pulk von Gegendemonstranten, die Polizei musste einschreiten. Die rund 30 000 Euro teure Initiative – der Klotz soll von Sonnenuntergang bis -aufgang beleuchtet werden – ging vom „Bund für Denkmalerhaltung“ aus, in dessen Vorstand zwei Germanen aktiv sind. Mitglied im Bund ist auch der Germane und Abgeordnete der Schill-Partei, Christian Brandes.

Die Vorfälle hatten ein parlamentarisches Nachspiel: Die Abgeordnete Luisa Fiedler (SPD) richtete eine Anfrage an den Hamburger Senat. Sie verlangte Auskunft über die Kosten des Polizeieinsatzes und aktuelle Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über die Burschenschaft. Die Antwort fiel mager aus: Zu der ersten Frage kann der Senat noch nicht und zu der zweiten will er aus Gründen der Vertraulichkeit keine Stellung beziehen. *Volker Stahl*

Grauzone

Schillernde Kassen

■ **Staatsanwalt ermittelt bei Schill-Partei** ■

Hat der Bundesvorstand der Schill-Partei Mitgliedsbeiträge veruntreut? Seit knapp vier Wochen sucht die Staatsanwaltschaft Hamburg Antworten auf diese Frage. Als kommissarische Bundesvorsitzende sollen Ronald B. Schill und Mario Mettbach Mitgliedsbeiträge aus Nordrhein-Westfalen nicht ordnungsgemäß abgerechnet haben. Mindestens 50 000 Euro an Beiträgen sollen widerrechtlich für Zwecke der Bundespartei oder des Hamburger Landesverbands verwendet worden sein. „Wir ermitteln mit Nachdruck“ betont der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Rüdiger Bagger.

Den Ermittlungen ist eine Anzeige des früheren Vorsitzenden des Bezirksverbandes Düsseldorf, Frederick Schulze vorausgegangen. Am 6. März erstattete der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Strafanzeige „wegen Veruntreuung“. Denn auf dem Bundesparteitag im Februar in Bremen, klagt Schulze, sei kein Rechenschaftsbericht abgelegt und alle Auskünfte über die Mitgliedsbeiträge „abgebügelt“ worden. Die Strafanzeige gegen die beiden Hamburger Senatoren war sein „letzter Dienst“, betont Schulze, der danach aus „Enttäuschung“ austrat: „Ich habe keinerlei Vertrauen mehr in die Rechtsstaatlichkeit dieser Partei“.

Unklar ist der tatsächliche Abrechnungsablauf. Der Bundesvorstand hatte die Mitgliedsbeiträge aus noch in Gründung befindenden Landesverbänden, laut Beitragsordnung „kommissarisch und treuhändlerisch“, eingezogen. Nach dem Verteilungsschlüssel haben Landesverbände 40 Prozent zu bekommen, je 20 Prozent stehen dem betreffenden Ort- und Kreisverband sowie dem Bundesverband zu. Der Landesverband habe aber nie Geld erhalten, weiß Schulze. Ein „Querulant“ sei Schulze, meint der Hamburger Schill-Fraktionschef Norbert Frühauf. Außerdem habe der neue Schatzmeister Michael Esther „das längst geregelt“. Der bestätigte dies. Auf einer Konferenz der Landesschatzmeister am 26. April in Magdeburg habe man sich „auf einen Modus geeinigt“. Details, räumt Esther ein, seien dem Rechenschaftsbericht zu entnehmen, den er erst „im September“ vorlegen wolle. Zu den Vorwürfen hat die Staatsanwaltschaft aber die Kassenwarte bislang nicht befragt. *Andreas Speit*

Grauzone

„Legendenkiller“

Der Geschichtsrevisionist Alfred Schickel erhält aus extrem rechten Kreisen viele lobende Worte.

Seinen 70. Geburtstag feierte am 18. Juni der umtriebige Publizist Alfred Schickel. Gratulationsgrüße kamen unter anderem von der rechtsextremen „National-Zeitung“, die dem „Streiter für umfassende zeitgeschichtliche Aufklärung alles Gute“ wünschte.

Schickel ist in der ultrarechten und rechtsextremen Szene einer der eifrigsten Publizisten. Er greift unter anderem für die Blätter „Criticon“, „Code“, „Deutsche Militärzeitschrift“, „Kameraden“, „Deutschland-Magazin“, „Witikobrief“, „Soldat im Volk“, „Neue Ordnung“ und „Das Ostpreußenblatt“ zur Feder. Als Referent trat Schickel auch bei Kongressen des Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes (DKeG) und des Schulvereins zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen in Erscheinung.

„Revisionist im weiteren Sinn“ sei der Historiker, Bundesverdienstkreuzträger und ständige Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“, Schickel, ist im bayrischen Verfassungsschutzbericht 1997 zu lesen. Das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz charakterisierte ihn im selben Jahr als „revisionistischen Historiker“. Vorgeworfen wird dem CSU-Mitglied Schickel unter anderem seine Autorenschaft in den „Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung“ (VffG), der deutschsprachigen Plattform aller notorischen Holocaust-Leugner. Herausgeber des Blattes ist der bundesdeutsche Justizflüchtling Germar Rudolf, ein weltweit agierender Holocaust-Leugner.

In extrem rechten Kreisen gilt Schickel als „Legendenkiller“, der „bisher bereits einige hartnäckige zeitgeschichtliche Legenden zurechtgerückt hat“ („Nation&Europa“). So orakelte Schickel 1980 in dem revisionistischen Blatt „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ aus dem Tübinger Grabert-Verlag über „Die umstrittenste Zahl der Zeitgeschichte. Das ungeklärte Ausmaß der jüdischen Opfer“ und kam zu dem Ergebnis, dass die Zahl von sechs Millionen ermordeter Juden „heute in der zeitgeschichtlichen Wissenschaft nicht mehr ernst-

haft vertreten“ wird. Die Ermordung von 500 000 Sinti und Roma leugnete er im Folgejahr in „Criticon“. Diese „neueste Zahlenfiktion“ wurde „mit der gleichen unkritischen Beflissenheit unters Volk gebracht wie die Millionenzahlen zuvor“, so Schickel.

Der revanchistische Witikobund lobt, dass an Schickel, der auch Autor des revisionistischen Hohenrain-Verlags in Tübingen ist, „alle untauglichen Torpedierungsversuche des rot-grünen Spektrums abgeprallt“ seien.

Schickel ist Leiter der im Jahr 1981 von Hellmuth Diwald und ihm gegründeten revisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI), die sich als Konkurrenz zum seriösen Münchner Institut für Zeitgeschichte versteht. Als Referenten standen der ZFI neben anderen bislang Rechtsextremisten wie Alfred Mechttersheimer, Hans-Helmuth Knütter, Richard Eichler und Hans-Ulrich Kopp zur Verfügung.

„Großzügigster Förderer der ZFI“ (ZFI-Eigenangabe) war der 1994 verstorbene Steuerfachanwalt Walter Eckhardt, nach dem die „Dr.-Walter-Eckhardt-Ehrengabe“ der ZFI benannt ist. Eckhardt war Schatzmeister der rechtsextremen „Deutschen Kunststiftung der Wirtschaft“, eines Ablegers des NS-apologetischen Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes. Vorsitzender der „Deutschen Kunststiftung“ war das vormalige NSDAP- und SS-Mitglied Karl Günther Stempel, zugleich DKeG-Funktionär. Das 1996 aufgelöste DKeG war mit bis zu 4000 Mitgliedern zeitweilig die größte überparteiliche Organisation von Rechtsextremisten in der Bundesrepublik.

Lobend hatte die „Junge Freiheit“ im September 1991 festgestellt, dass die ZFI der „Historiographie aus dem Ghetto der Siegergeschichtsschreibung“ verhalf und „vermeintliche Geschichtsquellen“ als „hochprozentige Geschichtsfälschung“ entlarvte. Die JF weiter: „Fasst man die Detail-Erkenntnisse der ZFI-Mitarbeiter während der letzten zehn Jahre zusammen, kann man festhalten, dass die letzten Hintergründe und Ursachen des Zweiten Weltkriegs noch nicht ganz ausgeleuchtet sind“. Die österreichische Wochenzeitung „Zur Zeit“ attestierte Schickels anlässlich des 20-jährigen Bestehens der ZFI Ende 2001: „Erfolge konnte Schickel schon viele zeitigen: Unzählige, Deutschland entlastende Dokumente wurden ausgehoben“.

Anton Maegerle

Am Rande**In Hitlergruß-Pose****■ Rechtsextreme Funde bei Staatsdienern ■**

Brandenburgs Polizei kommt nicht zur Ruhe. Nach der sogenannten V-Mann Affäre sind es nun zwei hohe Beamte des Potsdamer Landeskriminalamtes, die für Trouble sorgen. Gegen sie wurde Ende Mai ein offizielles Verfahren durch die Staatsanwaltschaft Neuruppin eingeleitet. Der Vorwurf lautet: Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Auf beschlagnahmten Photos hätten beide mit Hitlergruß, beziehungsweise Hakenkreuzfahne posiert, erklärte der Leitende Oberstaatsanwalt Gerd Schnittcher. „Zufällig“ sei man auf die rechtsextremen Posen der Beamten gestoßen, als man am 29. April die Wohnung eines der Beamten durchsuchte, der der Unterschlagung verdächtigt wurde. Dabei fand man dann die „Unmassen von Rechtsrock CDs, Dokumenten und Bildern“, so Schnittcher. Die Photos hätten den Besitzer und auch eine Vielzahl anderer Personen mit Hitlergruß und rechtsextremen Symbolen bei privaten Feiern und im Urlaub gezeigt. Seitens der Staatsanwaltschaft wurde ein Verfahren eingeleitet und an der Identifizierung der restlichen Personen gearbeitet. Eine Verbindung zur rechten Szene schloß Schnittcher auf Nachfrage aus. Wochen später gelang es, den zweiten LKA-Beamten zu identifizieren. Am 20. Mai durchsuchte man dessen Wohnung und fand auch dort rechtsextremes Propagandamaterial. Beide Beamte wurden vom Dienst suspendiert, teilte ein Sprecher des Brandenburger Innenministeriums mit. Sein Dienstherr Jörg Schönbohm erklärte bei Bekanntwerden der Untersuchungen am 23. Mai: „Wir dulden keine Extremisten bei den Sicherheitskräften.“

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft konzentrieren sich gegenwärtig weiter auf die Identifizierung der abgelichteten Personen anhand des „äußerst umfangreiche Bildmaterials“, so Schnittcher. Weitere Untersuchungserfolge habe es dabei bisher aber nicht gegeben. Insbesondere wurden keine Mitglieder der „etablierten“ Neonaziszene auf den rechtsextremen Feiern der Beamten identifiziert, erklärte der Oberstaatsanwalt. Kategorisch schloss er aus, dass sich unter den „Feiernden“ weitere LKA-Beamte befinden. *Matthias Pfeiffer*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE), 53. Jg., Heft 6/2003: Aufgegriffen werden – neben Situationsberichten zur rechten Szene – Themen, zu denen die Politik die Stichworte gibt. Das beginnt mit dem – eher erfolglosen – satirischen Versuch von Harald Neubauer mit einem „Brief an Schily“ zum Stand des NPD-Verbotsverfahrens. Er kritisiert das Anwachsen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (vergibt aber die Chance des Hinweises, dass die Probleme nicht beim inländischen Extremismus liegen) und die Stigmatisierung von Aussagen der extremen Rechten. Im Verfassungsschutzbericht sei der NPD-Vorsitzende Voigt zitiert, wonach die Bundesrepublik „auf den Bajonetten der Alliierten“ gegründet worden sei, was bei gleicher Tendenz – belegt mit einem Zitat von Klaus von Dohnanyi – anderwärts unbeanstandet durchginge (wobei gelegentlich eine kritische Anwendung des Begriffs der Verfassungsfeindlichkeit geboten scheint). Eher peinlich die Selbstdarstellung des Genannten, sich mit einem Text zum 75. Geburtstag von Le Pen („der Unbeugsame“) im Glanz eines „Großen“ zu spiegeln. Die Regierung bekommt – ungeachtet der Generalkritik zur Steuer- und Gesundheitspolitik eine gute Note für ihre Haltung zum Irakkrieg, weil unter einer CDU/FDP-Regierung Deutschland der Stiefelknecht der USA gewesen wäre. An den von Justizministerin Brigitte Zypries hinterfragten Managergehältern wird – unter Einbeziehung der Bezüge der Gewerkschaftsspitze – eine Neidebatte geführt, in die sich Kommentare zur Sorglosigkeit deutscher Sozialbehörden über Missbrauch einfügen. Karl Richter führt einen Generalangriff gegen „Pazifismus“, zwanghafte Stichworte sind „Umerzierung“ und „68er-Bewegung“. Eine Lösung vermag er allerdings nicht zu liefern, denn der Rückgriff auf das Konzept der Planungsstelle im SS-Hauptamt über die Schaffung von „kontinentalen Großräumen“ à la Carl Schmitt ist nicht sonderlich originell. Ziel ist naturgemäß, einen Gegenpol zu den USA zu liefern, weshalb Polens Haltung zum Irakkrieg unter dem Stichwort „neue Gefahr aus dem Osten“ behandelt wird (Roland Wuttke). Franz Schönhuber hat für den Bundeskanzler den reichlich ungewöhnlichen Rat parat, er hätte dem „Doppelnelson der wirtschaftlichen Erpressung und der Drohung mit unserer Vergangenheit“ durch „Rücktritt von seinem Amt unter Hinweis auf die amerikanischen Pressionen“ entgehen sollen. *(khr)*

Bücherschau

Welt der Gewalt

■ Abgründe am äußersten rechten Rand ■

Nick Ryan's Buch „Homeland“ ist das Ergebnis einer sechsjährigen Recherche, die ihn durch die rechtsextremen Untiefen Großbritanniens, Kontinentaleuropas und der USA geführt haben. Es ist eine Art Tagebuch des weit gereisten englischen Journalisten Ryan, der nach dem Abschluss einer kleineren Recherche zur rechtsterroristischen Gang Combat 18 (C18) Mitte der 90er Jahre nach eigenem Bekunden nicht aufhören konnte und in der Folgezeit geradezu von dem Thema aufgesogen wurde. Das Ergebnis ist ein Parforceritt durch die von Ryan zu Recht als männerdominierte Stammesgesellschaft („tribal society“) bezeichnete Halbwelt des äußersten rechten Randes der westlichen Industriegesellschaft.

Um es vorweg zu nehmen: Die saloppe, absichtlich nichtwissenschaftliche Schreibweise von „Homeland“ ist zugleich Stärke und Schwäche des Buches. Während die Anzahl der einschlägigen Interviewpartner beeindruckend ist und Ryan trotz widriger Bedingungen erstaunliche O-Töne auch aus den finstersten Neonazis heraus bekommt, verliert sich der Text allzu oft in einer Abfolge von „Er hat gesagt und dann habe ich gesagt...“. Positiv hervorzuheben ist, dass Nick Ryan seine Schularbeiten gemacht hat. Er berichtet kenntnisreich über die Hintergründe und die Vorgeschichte der von ihm aufgesuchten Gruppen und Personen und erweist sich als Kenner des internationalen rechtsextremen Netzwerkes. Deshalb bleibt das Buch trotz des unverbindlichen Stils eine fesselnde Lektüre.

„Homeland“ beginnt dort, wo die meisten Autoren bereits aufgegeben hätten: in der von Gewalt, Vulgärnationalismus und noch mehr Gewalt durchtränkten Welt vom Combat 18 außerhalb Londons. Inmitten interner Machtkämpfe, die standesgemäß mit der Ermordung eines Anführers durch seinen Rivalen aufgelöst werden, heftet sich Nick Ryan an die Fersen zweier unmittelbar in diesen Mord verwickelten C18-Aktivistinnen. Auf dem Weg trifft der Autor auf so unwirkliche Gestalten wie den ehemaligen Physiker, Mönch und nun Oberideologen von C18, David Myatt, der sich über seine Visionen eines arischen Reservats im Hinterland von Essex auslässt und Ryan sogar zu einem Duell her-

ausfordert – zu einem späteren Zeitpunkt jedoch zum Islam konvertiert und unter dem Namen Abdul Aziz zum bin Laden-Anhänger mutiert.

Weiter geht die Reise über Skandinavien, Belgien, Österreich (es würde Seiten füllen, hier alle erwähnten und befragten Aktivistinnen zu nennen) in die USA, wo sich Ryan mit Mark Cotterill, dem Statthalter der British National Party in den USA, anfreundet. Dieser öffnet ihm die Türen zur amerikanischen Szene, zu Anhängern David Duke's, der National Alliance, der Reform Party als auch Holocaust-Leugnern des einschlägigen Institute for Historical Review und Christian Identity-Pastoren.

Besonders spannend für deutsche Leser sind die Kapitel, in denen Nick Ryan über seine Eindrücke in Deutschland während seines Berlin-Aufenthaltes um den 1. Mai 2002 herum berichtet. Wieder macht er unermüdlich Termine mit zentralen Akteuren der rechtsextremen Szene und schafft es, binnen weniger Tage Interviews mit Horst Mahler, Christian Worch, Steffen Hupka sowie dem Aussteiger Matthias zu führen und gleichzeitig Beobachtungen bei dem rechten 1. Mai-Umzug in Hohenschönhausen und der turnusgemäßen 1. Mai-Randale in Kreuzberg zu machen. Der geneigte Leser staunt nicht schlecht, was da der Kette rauchende Herr Worch und der wie immer Hegel zitierende Herr Mahler dem Briten Ryan so alles anvertrauen und wie sorglos der Neu-Schlossherr Hupka ihn in seinem seinerzeit eben erworbenen Gut Trebnitz empfängt. Hier wird es für den Autor Ryan wohl zum Vorteil, dass er aus einem fremden Land kommt und deshalb scheinbar so viele Informationen wie möglich braucht. Ryan lässt sie gerne gewähren.

Nick Ryan kann, trotz der erwähnten stellenweisen analytischen Schwächen eigentlich nur vorgeworfen werden, dass er zu wenige Seiten für zu viel Material hatte. Der Bogen, der hier über die rechtsextremen Szenen einer beachtlichen Anzahl von Ländern geschlagen wird, ist auch aus umfangreichen Sammelbänden kaum bekannt. Zu einer Fundgrube ebenfalls für Rechtsextremismuskenner wird „Homeland“ endgültig durch das dankenswertere vom Verlag besorgte Namens- und Sachregister. Es bleibt zu hoffen, dass sich so schnell wie möglich ein Verlag findet, der das Buch bald auch dem deutschsprachigen Publikum zugänglich macht.

Thomas Grumke

Nick Ryan, Homeland: Into a World of Hate, Mainstream Publishing, £ 15.99, 320 Seiten.

Meldungen

Inland

■ **Berlin** – Die Aktionsgemeinschaft der Deutschlandliebenden (AGDL) ruft für den 5. Juli zu einer „Demonstration der besonderen Art“ in Berlin (Motto: „Das deutsche Volk braucht ein Freudenmal“) auf. An diesem Tag treffen sich morgens um 10.00 Uhr auf dem Alexanderplatz „alle Deutschlandliebenden“ mit schwarzrotgoldenen Fahnen. Partei- und Vereinsfahnen sollen nicht in Erscheinung treten. Führungsköpfe der im März 2002 ins Leben gerufenen AGDL sind Baldur Springmann (Jg. 1912) und Klaus Kaping (Jg. 1940), die beide vor der AGDL-Gründung bei der Deutschen Aufbau-Organisation (DAO) von Alfred Mechttersheimer engagiert waren.

■ **Berlin** – Der Berliner Landesvorsitzende der Republikaner Bernd Bernhard ist von seinem Amt zurückgetreten. Bernhard, langjähriger REP-Vorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, hatte das Amt erst im April vergangenen Jahres übernommen. Die in einer Villa im Stadtteil Pankow residierende Bundesgeschäftsstelle der Republikaner will ihr derzeitiges Domizil aufgeben. Einem Bericht der in Berlin erscheinenden Tageszeitung „junge welt“ zufolge soll die REP-Zentrale ab Juli künftig in kostengünstigeren Räumen betrieben werden.

■ **Bremen** – Nach dem erfolgreichen Abschneiden bei der Bürgerschaftswahl in Bremen will die DVU bei der Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 28. September in der Stadt Bremerhaven antreten. In Bremerhaven hatte die rechtsextreme Partei bei der Bürgerschaftswahl am 25. Mai ein Ergebnis von 7,1 Prozent erzielt. Bei den gleichzeitig am 25. Mai in der Stadt Bremen stattfindenden Kommunalwahl holte die DVU vier Mandate.

■ **Erfurt** – In Erfurt wurde der Landesverband Thüringen der Deutschen Partei gegründet. Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen zufolge verfolgt die vom einstigen FDP-Landtagsabgeordneten und späteren Bundesvorsitzenden des Bund Freier Bürger, Heiner Kappel, geführte Partei „insbesondere seit dem letzten Jahr das Ziel, als Sammelbecken für Angehörige rechts-extremistischer Organisationen zu fungieren. Auf diese Weise hofft sie, aus der politischen Bedeutungslosigkeit herauszugelangen und im Parteienspektrum an Gewicht zu gewinnen.“ Zum Landes-

vorsitzenden in Thüringen wurde Kurt Hoppe (Jg. 1936) gewählt. Hoppe, der sich seit langem in der rechtsextremen Szene bewegt, war zuletzt Funktionär der DVU und zuvor zeitweise amtierender REP-Landesvorsitzender. Als Stellvertreter fungieren Christian Bärthel, Harry Drechsler und Helga Kunze. Unter den Beisitzern findet sich mit Michael Burkert ein bundesweit bekannter Neonazi, der zuletzt einen „Aufruf an alle nationalen Kameradinnen und Kameraden, die den Reichsgedanken im Herzen tragen“, verfasste. Der Aufruf erschien im Februar 2003 auf der Website des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Westthüringen“.

■ **Hagen** – Im westfälischen Hagen wollen Neonazis am 5. Juli zum zweiten Mal binnen Monatsfrist demonstrieren. Bereits am 3. Juni waren dort rund 60 Rechtsextreme mit „Juden raus – aus Palästina“-Sprechchören gegen eine Lesung von Paul Spiegel aufmarschiert. Weil sie verbotene Parolen gerufen hatten, waren dabei zwei Neonazis festgenommen worden (BnR 12/03). Dagegen richtet sich nun die erneute Demonstration, die von einem Oberhausener aus dem Umfeld der Neonazi-Schrift „Förderturm“ angemeldet wurde und unter dem Motto „Gegen Polizeiwillkür und staatliche Repression“ stehen soll.

■ **Hamburg** – Eine „Initiative ‘Aufbau’“, „ein strukturloses, noch anonymes, autonomes Gebilde von der Bewegung für die Bewegung“, macht in einem Rundbrief an die „Kameraden und Kampfgefährten“ auf die „desolaten Zustände“ aufmerksam, die sich „zur momentanen Zeit in unseren eigenen Reihen befinden.“ Gefordert wird bei „jeglichem Verrat, jeder Hinterlistigkeit, Asozialität, unkameradschaftlichem und respektlosem Verhalten, jeder Unehrlichkeit und jedem ‘Idee’verrat ... diese Leute in der gesamten Bewegung zu ächten und zu isolieren.“ In einer Stellungnahme Christian Worchs dazu heißt es: „Praktisch werden sich eure Ansätze schlecht verwirklichen lassen.“ Die Schuld daran gibt Worch der „Aufsplitterung und inneren Zerrissenheit unserer politischen Landschaft“. Der führende Berliner Neonazi Oliver Schweigert begrüßt es, „dass sich, wer auch immer, nützliche Gedanken über den Zustand des nationalen Widerstandes macht.“ Schweigert ruft die Kameraden in Führungspositionen auf, „den Anderen unsere Weltanschauung vorzuleben“.

■ **Nürnberg** – „Kleinster gemeinsamer Nenner der NPD“ sei „das ‘völkische Prinzip’“ bekundet der NPD-Chefideologe Jürgen Schwab, Mitarbeiter der

„Deutschen Stimme“ und der „Aula“, in einem Schreiben (1. Juni) an das ehemalige NPD-Mitglied Maximilian Ohl. Schwab glaubt zu wissen, dass „die etablierten geistigen Eliten immer mehr vom alliierten GG“ abrückten: „Werden die Deutschen erst die amerikanische Fremdherrschaft abgeschüttelt haben, so werden sie ihre eigene Kultur weiterentwickeln können.“ Veröffentlicht wurde das Schwab-Schreiben auf der Neonazi-Homepage „die-kommenden“.

■ **Schwäbisch Hall** – Nach der Auflösung einer Neonazi-Demo gegen die Wehrmachtsausstellung durch die Versammlungsbehörde der Stadt Schwäbisch Hall am 14. Juni rufen „freie und nationale Kräfte“ aus dem Umfeld der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) nun zum „‘Großreinemachen’ in Schwäbisch Hall“ auf. Unter diesem Motto soll eine weitere Demonstration am 12. Juli stehen. Als Redner sind unter anderem Bernhard Schaub aus der Schweiz und Christian Worch angekündigt. Der Aufmarsch am 14. Juni war aufgelöst worden, weil sich die Veranstalter nicht an die Auflagen gehalten hatten und die Stadt die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Gefahr sah: „Offenbar hatten es die 70 zu dem Demonstrationszug angerückten Teilnehmer aus der rechten Szene von Anfang an auf eine Konfrontation mit den Teilnehmern der Gegendemonstration abgesehen“, berichtete das „Haller Tagblatt“.

■ **Wismar** – Im Kreis Nordwestmecklenburg fand nach Erkenntnissen der Polizei jüngst eine paramilitärische Übung von Neonazis statt. Anwohner hatten die Polizei über angeblich scharfe Schüsse im westlich von Wismar gelegenen Eversdorfer Forst informiert. Diese stellte bei ihrem Einsatz neben Luftdruckwaffen und zwei Schreckschusspistolen einen LKW und einen mit Tarnanstrich versehenen Kleintransporter mit Symbolen der Wehrmacht sicher. Das kleinere Fahrzeug soll nach Angaben von Jamels Bürgermeister Fritz Kalf dem Neonazi Sven Krüger gehören. Krüger betreibt im benachbarten Petersdorf ein „Abriss- und Schrottsammelunternehmen“. Der polizeibekannte Krüger war im Juli 1996 Rädelführer einer Gruppe junger rechtsextremer Schläger, die in brutalster Weise einen Campingplatz am Plauer See überfallen und eine Jugendgruppe aus dem nordrhein-westfälischen Kleve attackiert hatten. Mit Eisenstangen, Messern und Baseballschlägern gingen die circa 50 Neonazis auf die 13- bis 15-jährigen Jugendlichen und ihre Betreuer los und verletzten sechs von ihnen zum Teil schwer. Krüger wurde zu einer

Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt.

■ **Würzburg** – Zum 50. Jahrestag des Arbeiteraufstands in der DDR hat das „Deutsche Kolleg“ zu einem „Allgemeinen Volksaufstand nach dem Vorbild des 17. Juni 1953 und des 9. November 1989“ aufgerufen. Die BRD sei „heute schlimmer als die DDR 1953, weil die kommunistischen Hoch- und Landesverräter keine zivile Ausländereinvasion zusätzlich zur militärischen herbeigeführt haben und nicht das ganze Deutsche Volk zu zerstören versuchten, wie es die heutigen kapitalistischen Hoch- und Landesverräter der BRD tun“, heißt es in dem Text, für den Reinhold Oberlercher verantwortlich zeichnet. Jedem Deutschen billigt die braune „Denkwerkstatt“ ein „Recht zum Kriege“ zu, bis das Deutsche Reich wieder handlungsfähig werde.

■ **Wunsiedel** – Auch in diesem Jahr wird der Aufmarsch zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß im fränkischen Wunsiedel von Norddeutschland aus koordiniert. Als Versammlungsleiter beziehungsweise dessen Stellvertreterin fungieren der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger sowie Inge Nottelmann aus dem Umfeld des „Arbeitskreises Mädelschar“. Auf der Internetpräsenz von „Widerstandnord“ wurde eine „offizielle Infoseite zum Gedenkmarsch“ eingerichtet. Dort wird auch gegen Bürger aus Wunsiedel gehetzt, die sich in einem Beitrag von „Report München“ gegen den Neonazi-Aufmarsch ausgesprochen hatten. Demonstriert werden soll in Wunsiedel am 16. August. Die Stadt plant Gegenaktivitäten. Bürgermeister Karl-Willi Beck: „Wir wehren uns dagegen, dass unser Wunsiedel in irgendeiner Weise mit dem unsäglichen Dritten Reich wie auch immer in Verbindung gebracht wird.“

Ausland

■ **Dänemark (Kopenhagen)** – Die dänischen Medien (unter anderem „Ekstra Bladet“, „DR1“) haben den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Walther Rasmussen (84), Mitglied des ewiggestrigen Kameradenwerkes Korps Steiner, in der Nähe von Hamburg aufgespürt. Rasmussen soll unter dem Befehl des SD-Leiters Erich Bunke 1944 und 1945 in Kopenhagen gewütet haben. Dokumenten der Staatsanwaltschaft Frankfurt zufolge war Rasmussen bei der Tötung von mindestens 15 dänischen Widerstandskämpfern (durch Nacken- oder Rückenschüsse) „anwesend“.

■ **Kanada (Toronto)** – Bei einer Anhörung von Ernst Zündel vor dem kanadischen Gerichtshof (BnR 11/03) fanden sich bekannte Rechtsextremisten wie Wolfgang Droege und George Burdi ein. Droege wurde 1949 im bayrischen Forchheim geboren und wanderte später nach Kanada aus. Zeitweilig war Droege einer der führenden Köpfe des Ku Klux Klan (KKK) in Kanada, bevor er 1989 die rassistische Heritage Front initiierte. Burdi (alias George Eric Hawthorne) ist Gründer des kanadischen Zweiges von World Church of the Creator. Der einstige Sänger der Band „RaHoWa“ (Heiliger Rassenkrieg) rief später das rechtsextreme Musikimperium „Resistance Records“ ins Leben.

■ **Schweiz (Frauenfeld)** – Die Thurgauer Kantonspolizei hat Anfang Juni die Verhaftung von sieben jungen Männern zwischen 18 und 23 Jahren bekannt gegeben, die sich zur rechten Szene zählen. Ende April waren zwei Jugendliche im Alter von 15 und 17 Jahren, die sich auf dem Heimweg von einem Ska-Konzert befanden, niedergeschlagen und schwerstens verletzt worden. Ein Teil der Verhafteten, so die Kantonspolizei, sei geständig, und die Opfer seien „zufällig“ ausgewählt worden. Die Boulevardzeitung „Blick“ meldete, dass mehrere der Verhafteten dem „Weinländer Sturm“ angehören. Der „Weinländer Sturm“ ist eine informelle Skinheadgruppierung aus der Region Weinland nördlich von Zürich.

■ **Schweiz (Freiburg)** – Das Freiburger Kantonsgericht hat Anfang Juni zweitinstanzlich die Verurteilungen von René-Louis Berclaz und Philippe Brennenstuhl wegen Widerhandlung gegen die Rassistens-Strafnorm bestätigt. Die Holocaust-Leugner, beide Vorstandsmitglieder des inzwischen verbotenen, jedoch weiterhin aktiven Vereins Vérité et Justice waren 2001 mitverantwortlich für die Veröffentlichung und Verbreitung der Broschüren „Gegenrapport Bergier“ und „Der Prozess Amaudruz“. Das Gericht reduzierte die Strafe für Berclaz von acht auf sechs Monate Gefängnis ohne Bewährung, da es sich um eine Zusatzstrafe zu einem bereits rechtskräftigen Urteil handle. Keine Strafreduktion erreichte Brennenstuhl, der drei Monate ohne Bewährung erhielt. Er hatte das Gericht mit antisemitischen Auffällen belästigt.

■ **USA (Ohio/Scio)** – Der neonazistische Freehoser „Odinsrage“ wird seit Mai von einer „erfahrenen und professionellen Person“ betreut. Dabei dürfte es sich um Brian Davidson handeln, der unter dem Pseudonym GCS seit mehreren Jahren

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin

PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861

Heft 13/2003 Abo 401917

8

Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10

10999 BERLIN

zum Betreiberkreis zählt und mittlerweile in der Domainregistrierung auftaucht. Der bisherige Betreiber Larry „Yoder“ Bertolino aus Scio (Ohio) scheidet komplett aus. Die Domain, über die auch Chatmöglichkeiten für rechtsextreme Webseiten angeboten werden, soll dem Anschein nach künftig von Nicholas Libby alias Xedecimal betreut werden. Hier sollen laut Bertolino in nächster Zeit neue Dienste für rechte Seiten angeboten werden. Der Provider Bertolino ermöglichte seit 1997 Neonazis, kostenlos ihre Webseite auf seinem Server einzustellen. Die Zahl der Accounts bei Odinsrage steigt nach Eigenangaben noch immer und soll derzeit bei über 3330 liegen.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Stresemannstr. 30, 10963 Berlin

Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Stresemannstr. 30, 10963 Berlin

Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499

e-mail: nandlinger@bnr.de

Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)

Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20

38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109

Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement

Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto

Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto

Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.